

KOMMENTAR

Zwangsheirat oder Scheidung: Zu Logiken und Realitäten im israelisch-palästinensischen Verhältnis*

Volker Perthes

1. Einleitung

Friedensprozesse sind immer langwierig, wiederholten Rückschlägen ausgesetzt und von Krisen markiert. Schon wenn die wichtigsten Beteiligten sich auf ein erstes Abkommen, zumindest aber eine Formel für die Konfliktregelung einigen, wird man Erfolge feiern, möglicherweise auch Nobelpreise austeilen. Da eine Formel zur Beilegung inner- und zwischengesellschaftlicher Konflikte sinnvollerweise allen wichtigen Parteien etwas, aber niemandem alles gibt (Perthes 1997), muss es nicht verwundern, wenn dieser ersten Einigung ein Zusammenbruch bzw. weitere Kraftproben folgen, bei denen einige der Beteiligten versuchen, die Formel noch einmal zu ihren Gunsten zu ändern. Erst wenn das nicht oder nicht im gewünschten Maße gelingt, wenn sich die Einsicht in die Unvermeidbarkeit „schmerzhafter Konzessionen“ (Ariel Sharon) und in die Gefahren durchsetzt, die eine Fortsetzung gewaltsamer Auseinandersetzungen bedeutet, mag es dann zu einem zweiten Anlauf kommen, bei dem die Beteiligten zumindest die Erfahrungen des vorangegangenen Zusammenbruchs nutzen können.

Gilt dies auch für den israelisch-palästinensischen Konflikt und Friedensprozess? Eines spricht dafür: So kann man vom „Oslo-Prozess“ als echtem Friedensprozess eigentlich nur für die Jahre von 1993 bis Anfang 1996 sprechen. Danach bleiben zwar die in dieser Zeit geschlossenen Abkommen, die „Israelisch-Palästinensische Prinzipien-erklärung“ (Oslo I) vom September 1993 wie auch das Interimsabkommen (Oslo II) vom September 1995, nach dem sich Israel zuerst aus Gaza-Stadt und aus dem Städtchen Jericho im Jordangraben, später aus den anderen palästinensischen Städten im Gazastreifen und in der Westbank (mit Ausnahme Hebrons) zurückzieht, in Kraft; ihre Umsetzung stagniert aber seit dem Amtsantritt Benjamin Netanjahus als israelischer Regierungschef im April 1996. Die grundlegenden Normen des „Friedensprozesses“ brechen spätestens ab Oktober 2000 mit dem Beginn der oft als „zweite Intifada“ bezeichneten bürgerkriegsähnlichen israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen zusammen.

* Ich danke Eva Wegner für die Hilfe bei der Fertigstellung dieses Kommentars.

Erst ab 2005 kann man überhaupt wieder von einem Prozess sprechen, der sich möglicherweise in Richtung Frieden entwickelt, den aber als Friedensprozess zu bezeichnen die wenigsten Beobachter sich trauen und der, anders als „Oslo“, auch keinen gemeinsamen Namen hat. Der bislang wichtigste Schritt dabei ist der Abzug Israels – seiner Armee und seiner Siedler – aus dem seit 1967 besetzten Gazastreifen. Israels Ministerpräsident Ariel Sharon spricht von „Disengagement“, seine israelischen Gegner vom „Judentransfer“, Palästinenser von einem israelischen (Teil-)Rückzug. Die palästinensische Führung, Teile der israelischen Regierung und die im „Nahost-Quartett“ zusammengeschlossenen internationalen Akteure machen deutlich, dass dieser unilateral beschlossene Abzug gewissermaßen der Eröffnungszug in einem neuen, verhandlungsbasierten Prozess werden müsse, der letztlich in ein Endstatusabkommen und in die Entstehung eines Staates Palästina mündet, der „friedlich Seite an Seite“¹ mit Israel zusammenlebt. Ebenso erinnert der Abzug aus Gaza und einigen kleineren Siedlungen in der Westbank an die ersten Schritte zur Umsetzung von „Oslo“, nämlich die Übergabe von Gaza und Jericho an die Palästinensische Autorität im Jahre 1994. Dennoch wird es nicht einfach ein Replay des Oslo-Prozesses geben.

Vielleicht sollten wir bei den Entwicklungen, mit denen wir es hier zu tun haben, vom israelisch-palästinensischen Scheidungsprozess sprechen, während frühere Versuche, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Akteure aus Israel, den palästinensischen Gebieten, Jordanien und anderen arabischen Staaten zu rascher, intensiver und vertrauensvoller Kooperation zu bewegen, eher dem Bild einer orientalischen Zwangsverheiratung unwilliger Cousins und Cousinen entsprechen. Der Vollzug der Scheidung zwischen Israelis und Palästinensern ist gleichzeitig, aus der Perspektive Sharons und seiner Mitarbeiter jedenfalls, ein Versuch, den ursprünglichen Prozess gewissermaßen vom Kopf auf die Füße zu stellen: Nicht mehr Sicherheit durch einen „Frieden der Tapferen“ zu erreichen, wie es bei Yitzhak Rabin und Yasir Arafat hieß, sondern (Israels) Sicherheit in den Vordergrund zu stellen, allein zu definieren, was dies verlangt, und auf diesem Weg mittel- bis langfristig möglicherweise zu einer Form des Friedens oder zumindest des Nicht-Kriegs zu gelangen.

2. *Integration oder Trennung*

Den beiden Phasen der Konfliktregulierungsbemühungen im israelisch-palästinensischen Verhältnis oder den beiden Prozessen – dem 1993 eingeleiteten Oslo- und dem 2001 eingeleiteten Scheidungsprozess – unterliegen unterschiedliche Logiken. Sie erlauben eine kritische Überprüfung der praktischen Relevanz der Konzepte, die westliche Analysten und Entscheidungsträger bewusst oder unbewusst genutzt haben, um das, was im Nahen Osten vorgeht, zu verstehen und zu beeinflussen. Wir können von einer Logik der Integration und einer der Trennung sprechen oder von integrativen und regressiven Konfliktregulierungsbemühungen,² wobei die Phase von 1993 bis 1995 von

1 Seit Präsident George W. Bush diese Formulierung vor der UN-Vollversammlung im September 2002 benutzte, die dann in die UN-Resolution 1515 (2003) aufgenommen wurde, ist dies die Standarddiktation der internationalen Gemeinschaft.

2 Vgl. Link (1999): Integrative Konfliktregulierung zielt auf eine Verdichtung, regressive auf eine Verminderung von Beziehungszusammenhängen.

der Logik der Integration, die ab 2001 von der Logik der Trennung bestimmt wurde – zumindest, was die dominierenden Grundannahmen angeht. Die Realität ist natürlich komplexer, in den Entwicklungen nach 1993 und seit 2001 mischen sich Elemente der beiden Logiken durchaus und nicht immer widerspruchsfrei. Mit dieser Einschränkung aber lässt sich sagen, dass „Oslo“ und der begleitende multilaterale Friedensprozess auf einer, wenn man so will, europäischen oder liberal-funktionalistischen Logik basierte: Ziel war nicht nur ein Ende der Gewalt, sondern eine Entwicklung hin zu Zusammenarbeit und Integration früherer Feinde, die aus Interesse am Erhalt der (nicht nur, aber doch deutlichen) wirtschaftlichen Vorteile am Frieden festhalten würden. Wirtschaftliche Zusammenarbeit selbst galt als Instrument, im israelisch-palästinensischen Verhältnis wie auch im Verhältnis Israels mit seinen arabischen Nachbarstaaten Frieden und die Bereitschaft zum Frieden zu fördern. Im späteren „Scheidungsprozess“ – der tatsächlich schon in den Jahren eingeleitet wurde, die dem Gazaabzug vom Sommer 2005 vorausgingen – dominierte dagegen eine realpolitische Logik: Primäres Ziel war nicht „Frieden“ an sich oder Kooperation zur Schaffung eines gemeinsamen Interesses, sondern die Sicherheit Israels durch die Herstellung harter Grenzen, die Abgrenzung vom feindlichen Nachbarn, notfalls auch unter Aufgabe von Territorium. Israel und letztlich auch die Palästinenser würden sich auf sich selbst verlassen müssen.

Für beide Logiken stehen je bestimmte Ereignisse und Entwicklungen; beide bergen Risiken, haben Schwächen, rekurrieren diskursiv auf ihre je eigenen Mantras und Glaubenssätze. Beide sind handlungsorientiert und vereinfachen analytisch, schon um bestimmte Orientierungen nahe zu legen, und beide sind nicht frei von Illusionen. Schauen wir uns an, wie sich die Logiken der beiden Friedensprozesse manifestiert haben.

3. Die Logik der Integration: Frieden als Nebenprodukt von wirtschaftlicher Kooperation

Die Logik der Integration wird in der Parallelität des bilateralen, israelisch-palästinensischen Oslo-Prozesses und den weiterreichenden multilateralen israelisch-arabischen Friedensbemühungen deutlich: Bilaterale und regionale Schritte zum Frieden sollten sich gegenseitig befördern und unterstützen. Mit Blick auf die regionale Ebene legten vor allem die internationalen Akteure besonderen Wert auf die wirtschaftliche Dimension. Nicht so sehr die formalen „Multilaterals“ – fünf separate Verhandlungen über Rüstungskontrolle und regionale Sicherheit, wirtschaftliche und regionale Entwicklung, Flüchtlinge, Wasser, und Umwelt – standen dabei im Licht der Öffentlichkeit, sondern die so genannten MENA- (Middle East and North Africa) Wirtschaftsgipfel, deren erster mit großer regionaler und internationaler Beteiligung 1994 in Casablanca stattfand.

Auch im bilateralen Verhältnis wurde die wirtschaftliche Dimension während der Oslo-Phase sehr ernst genommen: Das so genannte Pariser Protokoll vom April 1994 regelte die Zusammenarbeit in Handels-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Steuer-, Geld- und Zollfragen im Detail, etablierte dazu ein gemeinsames Wirtschaftskomitee und sprach von der „wirtschaftlichen Domäne als Eckstein der gegenseitigen Beziehungen“ nicht zuletzt „mit Blick auf die Förderung eines gerechten, dauerhaften Friedens“. Vor allem Shimon Peres, der den Oslo-Prozess erst als Außenminister, dann als Minister-

präsident vorwärts trieb, betonte immer wieder die Chancen und die friedensfördernde Wirkung einer Zusammenarbeit Israels mit den Palästinensern und der weiteren regionalen Umgebung, erklärte Israels Bereitschaft, den Palästinensern wirtschaftlich zu helfen und forderte vor allem die Europäer auf, in den Aufbau der palästinensischen Wirtschaft und den Ausbau regionaler Infrastruktur zu investieren.³ Für Peres und seine Mitstreiter schien sich mit dem Oslo-Prozess tatsächlich die Aussicht auf einen Nahen Osten zu öffnen, der Israel integrieren, sich möglicherweise um Israel herum arrangieren würde, statt Israel auszugrenzen.

Natürlich gab es bereits im Schatten von Oslo eine Reihe von Akteuren, die einem skeptisch-realpolitischen Ansatz folgten und eher auf Trennung setzten (vgl. Perthes 1995). So sah man in der arabischen Welt von arabischen Nationalisten über Islamisten bis hin zu Liberalen hinter den israelischen Integrationsbekundungen vor allem ein Streben nach Hegemonie mit anderen Mitteln. Zumindest befürchtete man, dass Israel relativ und absolut mehr von einer wirtschaftlichen Integration profitieren würde als die Palästinenser und die arabischen Nachbarstaaten. Für große Teile der Eliten war der regionale Status quo eher akzeptabel als ein „Frieden zu israelischen Bedingungen“. Ein „Wust“ an Literatur über die Gefahren der „Normalisierung“ machte dies deutlich.⁴

Die Palästinenser selbst erhofften sich von Oslo vor allem das Ende der israelischen Besatzung und der damit verbundenen, seit 1967 anhaltenden, unfreiwilligen Eingliederung in den israelischen Herrschaftsbereich. Vor einer erneuten – freiwilligen – Integration ging es also zunächst um den Weg zu einem palästinensischen Staat und dessen Souveränität.

Auch in Israel existierten – neben der Hoffnung auf Frieden, Sicherheit und Wohlstand durch Kooperation – in der Oslo-Phase einige Widersprüche zur Logik der Integration. Diese manifestierten sich etwa in dem Zaun, mit dem der Gazastreifen physisch von Israel abgetrennt wurde – Modell übrigens für den „Zaun“ oder die „Mauer“, die Israel ab 2002 in der Westbank bauen ließ. Indem man die Kosten für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den palästinensischen Gebieten an – weniger demokratische und rechtsstaatliche – palästinensische Institutionen weiterreichte, wollte man vor allem die Lasten der Besatzung senken. So überrascht es auch nicht, dass Yitzhak Rabin sich nicht für Fragen der guten Regierungsführung oder gar der Demokratie in den palästinensischen Gebieten interessierte. Berühmt wurde in diesem Zusammenhang sein Ausspruch, dass es in den palästinensischen Gebieten zumindest kein Oberstes Gericht gebe (wie das israelische, das wiederholt palästinensischen Klagen gegen israelische Straf- oder Willkürmaßnahmen stattgegeben hatte).

Letztlich herrschte aber bei den Handelnden in dieser Phase eine funktionale Logik vor, die starke Unterstützung aus Europa erhielt. „Zwei Völker wollen sich voneinander trennen, aber die einzige Form dafür scheint Integration“, schrieb der FAZ-Korrespondent Jörg Bremer (1995) damals und verwies unter anderem auf die unterirdischen Wasserreservoirs, die eine enge Zusammenarbeit von Israelis und Palästinensern nahe legten. Selbst Rabin, der sich vor den Augen der Weltfernsehgemeinde unübersehbar

³ Am programmatischsten in seinem Buch *The New Middle East* (Peres 1993).

⁴ Vgl. beispielhaft Sha`arawi (1998) und `Abd al-Fadil (1997). Für eine tiefer gehende Analyse der „Normalisierungsdebatte“ und ihrer Hintergründe vgl. Perthes (2000).

schwer tat, Arafat bei der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens in Washington die Hand zu schütteln, war letztlich bereit, eine echte Partnerschaft mit den Palästinensern zu etablieren (vgl. Miller 2005). Das Projekt Oslo setzte auf Chancen, auch wenn es Risiken sah. Das Mantra dieser Phase war, wie es Bill Clinton bei der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens im September 1993 in Washington formulierte, der „Frieden der Tapferen“, der die Ära von „Blut und Tränen“ beenden würde (so Rabin beim selben Anlass).

Geleitet von einem, wie Shimon Peres auch eine Dekade später noch sagt, „europäischen Traum“ (The Wall Street Journal 2005), sprach man etwa mit Blick auf Israel, den zukünftigen palästinensischen Staat und Jordanien von einem Benelux-Modell für den Nahen Osten. Im Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern sollte es, so ausdrücklich das erste Oslo-Abkommen, um historische Versöhnung gehen; auch dies eine Hoffnung, die sich den europäischen Einigungsprozess zum Vorbild nahm.

4. Die Logik der Scheidung: Sicherheit durch Abgrenzung

Kritiker des Oslo-Prozesses haben sich von Beginn an gern in „realistischer“ Sprache geäußert. Regionale Interaktion, so ihr Argument, werde weiterhin von Machtpolitik bestimmt bleiben und eigentlich auch bestimmt bleiben müssen; wer hier Schwäche zeige, verliere. Nur Stärke, die anderen Respekt und gegebenenfalls Kooperation abzwinge, bringe Sicherheit. Auf die friedensstiftende Wirkung wirtschaftlicher Interdependenz zu setzen, sei bestenfalls eine Illusion, schlimmstenfalls gefährlich (vgl. Inbar 1996); die Architekten des Oslo-Prozesses seien demgemäß fahrlässige Idealisten, wenn nicht sogar, wie es von der radikalen Rechten tönte, Landesverräter.

Auf Seiten der israelischen Oslo-Gegner und Oslo-Skeptiker etablierte sich bald eine Aussage als Mantra, die besagte, man habe auf der palästinensischen Seite „keinen Partner“ und werde auch in der Zukunft dort keinen haben. Die Aussage stützte und stützt sich empirisch natürlich zum Teil auf schlechte Erfahrungen – ob selbst oder fremd verschuldete, spielt dabei fast keine Rolle – und theoretisch auf pseudo-anthropologische Generalisierungen von der Art: Die Menschen hier „sind einfach so“. Das brauche man gar nicht zu hinterfragen. Erschrockenen westlichen Publikken gegenüber wird dies gern mit der immer wieder erzählten Geschichte vom Frosch und vom Skorpion verdeutlicht. Ersterer soll letzteren über den Bach bringen und willigt schließlich auch ein, wird dann aber auf halbem Wege von dem Skorpion gestochen, welcher die verwunderte letzte Frage des sterbenden Frosches, warum er dies tue, obwohl er doch vom Überleben des Frosches abhängig sei, um auf die andere Seite zu gelangen, damit beantwortet, dass er nun einmal nicht anders könne: „This is the Middle East“. Der Tenor entspricht einem vulgär-realistischen Dogma: Versuchen Sie gar nicht erst, hier etwas zu ändern; reale Interdependenzen ändern nichts an der noch viel realeren großen Lust, einander das Leben zu nehmen.⁵

⁵ Ehud Baraks Aussage, die Palästinenser seien kulturell bedingte Lügner, ist letztlich eine Variation desselben Themas: Sie können eben nicht anders. In ihrer Kultur sei Wahrheit eine „irrelevante Kategorie“ (vgl. Morris 2002).

Ministerpräsident Ehud Barak, unter dessen Ägide nicht nur der gescheiterte amerikanisch-israelisch-palästinensische Gipfel von Camp David im Sommer 2000, sondern auch der Beginn der als „Zweite Intifada“ apostrophierten bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis (2000–2005) fiel, wurde gewissermaßen zum Kronzeugen des Mantras vom nicht vorhandenen Partner, den er in Camp David und Taba aufrichtig gesucht, aber nicht gefunden habe (vgl. Barak 2001a). Es brauche nun einmal „zwei, um Tango zu tanzen“.⁶ Wenn ein Partner fehle, seien (weitere) Verhandlungen zwecklos, müsse jede Seite letztlich auf Selbsthilfe setzen und allein agieren. Anders gesagt: Wenn Zusammenleben nicht möglich ist, bleibt nur die Scheidung – oder der Krieg. Konsequenterweise begann Barak, von unilateraler Trennung zu sprechen: von Bufferzonen, einem neuen Sicherheitszaun um die Westbank und partiellen Rückzügen, deren Ausmaß Israel selbst bestimmen würde, um die Auseinandersetzungen zumindest zu begrenzen und Israels Sicherheit durch verteidigbare (defensible) Grenzen zu gewährleisten (vgl. Barak 2001a).⁷

Barak scheiterte, wie wir wissen, und verlor Anfang 2001 das Ministerpräsidentenamt an Ariel Sharon. Dieser suchte zuerst eine rasche militärische Lösung – hatte er doch versprochen, die „Intifada“ innerhalb von 100 Tagen niederzuschlagen. Die Wahl der militärischen Option fügte den Palästinensern zwar schwere Verluste zu, brachte aber weder ein Ende der Gewalt noch mehr Sicherheit für Israelis. Im Gegenteil, der Krieg eskalierte. Beide Seiten waren offenbar in der Lage und bereit, sich gegenseitig Schaden zuzufügen und eine längere Auseinandersetzung durchzuhalten.

Die anhaltende Gewalt verstärkte vor allem auf israelischer Seite den Wunsch, die Einwohner der besetzten Gebiete loszuwerden – notfalls mit territorialen Zugeständnissen. Ohne die militärische Option aufzugeben, begann die israelische Regierung, sich auf eine neue politische Logik einzulassen, die nicht nur auf die Trennung der beiden Völker, sondern auch auf eine Teilung des Landes hinauslief – etwas, das für die nationale und national-religiöse Rechte vordem ein Tabu war. Man habe „Oslo“ zwar abgelehnt, erklärte mir im Frühjahr 2005, im Vorfeld des israelischen Abzugs aus dem Gazastreifen, ein Berater Ariel Sharons, sei sich aber bald klar geworden, dass diese Abkommen „objektiv irreversibel“ seien, dass sie Realitäten geschaffen hätten und dass man letztlich eine Grenze zwischen Israel und einem eigenständigen palästinensischen Staat ziehen müsse. Eine Grenze, die trennt: Nach „Oslo“, da hätten die Israelis von einem echten Friedensvertrag geträumt, hätten gehofft, „dass wir die Araber danach umarmen können oder nach Damaskus fahren, um Hommos zu essen.“ Daran glaube heute keiner mehr: Ein „relativer Friede“, der einem erspare, sich mit der anderen Seite auseinander zu setzen oder sich um sie kümmern zu müssen, sei gerade recht.⁸

Das Projekt der Scheidung ist aus israelischer Sicht nicht zuletzt mit Blick auf die „demographische Bedrohung“ rational. Es zieht Grenzen, innerhalb derer eine „solide jüdische Mehrheit“ Sicherheit finden soll. Nur mit einer solchen Mehrheit ist die Kontinuität eines jüdischen und gleichzeitig demokratischen Staates möglich (Gazit 2005:

⁶ Interview mit CNN, 21.02.2002.

⁷ Siehe auch seinen Artikel in der New York Times nach den verlorenen Wahlen, in dem er diese Ideen weiter ausführte (Barak 2001b).

⁸ Eine ausführlichere Darstellung auch dieses Gesprächs findet sich in Perthes (2006).

1).⁹ Zum physischen Ausdruck dieser Logik wurde zunächst die Sperranlage – Israelis sprechen gemeinhin vom „Zaun“ oder, etwas komplizierter, von einem „defensive obstacle“ oder einer Trennbarriere, Palästinenser von der „Mauer“ –, die Israel 2002 zu bauen begonnen hat, um die Westbank fast vollständig abzutrennen. Seinen vorläufigen Höhepunkt fand der Scheidungsprozess im August 2005 mit Israels einseitigem Abzug aus dem Gazastreifen.

Zu diesem Projekt gehört auch die Entscheidung, Palästinensern ab 2008 keine Arbeitsgenehmigungen mehr zu erteilen. Nach dem Abzug müsse man die Grenze nach Ägypten öffnen und für die Palästinenser Arbeitsmöglichkeiten in arabischen Ländern finden, erklärte Israels Minister für Innere Sicherheit, Gideon Ezra, dazu: „(W)e don't want them here in Israel.“¹⁰ Die ökonomische Logik mag weiter für die Beschäftigung von Palästinensern sprechen, die politische Logik der Scheidung spricht dagegen.

„Versöhnung“, selbst „Partnerschaft“ – die Schlüsselwörter der Oslo-Rhetorik, standen nicht mehr auf der Tagesordnung. Auch palästinensisch-israelische Kooperation wird, anders als in Oslo-Zeiten, von der israelischen Öffentlichkeit nicht mehr als Voraussetzung eines Abzugs aus den besetzten Gebieten betrachtet (Kurz 2005: 150). Verteidigungsminister Mofaz wird mit den Worten zitiert, man müsse bei den Palästinensern „auf die nächste Generation warten“¹¹ – die Generation nach der Scheidung also, wenn die Trennung von den Palästinensern, zu der auch Mofaz sich bekennt, durchgesetzt und verarbeitet ist.

5. Zweimal Friedensprozess: Schwächen und Stärken von Integration und Scheidung

Die Oslo-Abkommen klammerten zentrale Konfliktpunkte aus und ließen damit allen Akteuren die trügerische Illusion, ihre eigenen Vorstellungen eines Endstatusabkommens verwirklichen zu können. Die Logik der Integration setzte auf die kooperations- und aussöhnungsfördernde Kraft des Konzepts der absoluten Gewinne in einem regionalen Umfeld, in dem die Möglichkeit, dass Israel „relativ zu viel“ gewinnen könne, nicht akzeptabel war. Im Kontext des Nahostkonfliktes reicht Wirtschaftskooperation als vertrauensbildende Maßnahme allerdings ohne gleichzeitige Fortschritte im politischen Dialog nicht aus. Auf regionaler Ebene wurde dies besonders am Schicksal der MENA-Wirtschaftsgipfel deutlich. Die auf Casablanca folgenden Gipfel (Amman 1995, Kairo 1996, Doha 1997) zeigten zwar, dass lokales und internationales Kapital immer noch an der Exploration neuer Möglichkeiten regionaler Zusammenarbeit interessiert war, und die internationale Gebergemeinschaft dies zu unterstützen suchte. Der Enthusiasmus vor allem der arabischen Staaten nahm aber ab. Anstatt Impulse für die politische Dimension des Friedensprozesses zu geben, wurden die Wirtschaftsgipfel

⁹ Derzeit sind um die 20 Prozent der israelischen Gesamtbevölkerung von 6,9 Millionen Palästinenser, die zudem höhere Fertilitätsraten haben als die Mehrheit des jüdischen Bevölkerungsteils. Rechnet man die Bevölkerung Israels und der palästinensischen Gebiete (ca. 3,5 Millionen) zusammen, gibt es derzeit allenfalls noch eine schwache jüdische Mehrheit; in einigen Jahren würde es im Gesamtgebiet Israels, des Gazastreifens und der Westbank eine nicht-jüdische Mehrheit geben.

¹⁰ Zitiert nach The Jerusalem Post, 24.5.2005: 1.

¹¹ Vgl. Dromi (2005).

zum Opfer der politischen Stagnation: Die Konferenz von Doha im November 1997 wurde sogar von den meisten arabischen Staaten boykottiert.

Oslo war zu kompliziert, und es war kein Abkommen, das die realen Kräfteverhältnisse widerspiegelte. Israel ist militärisch, wirtschaftlich und politisch so überlegen, dass eine Umsetzung der israelischen Verpflichtungen aus den Abkommen allenfalls mit einer Regierung denkbar war, die wirklich an das Projekt glaubte oder eben einen „europäischen Traum“ lebte. Aufgrund der Asymmetrie der Kräfteverhältnisse wird die lokale Dynamik des Prozesses in erster Linie von israelischer Seite bestimmt. Palästinensische Akteure können es den israelischen leichter oder sehr viel schwerer machen, einen auf Ausgleich orientierten Kurs zu verfolgen. Beide Seiten können unilateral agieren, beiden bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, Misstrauen zu schaffen, Aggressionen zu verüben oder zu eskalieren. Und beide können sich kooperativ verhalten, vertrauensbildende Schritte unternehmen, die eigene Öffentlichkeit auf Kompromisse vorbereiten. Aber die Hauptressource, um die es in einem Prozess, der auf das Nebeneinander zweier Staaten hinauslaufen soll, letztlich geht – das noch zum größten Teil israelisch besetzte, manche mögen auch sagen „umstrittene“, aber jedenfalls israelisch kontrollierte Land –, kann nur Israel beisteuern. Der Konflikt ist eben, nicht nur was die Bewaffnung und die Formen der Gewaltanwendung, sondern auch was die Inhalte eines Endstatusabkommens betrifft, ein asymmetrischer: So geht es bei der Frage der Grenzen, also der territorialen Teilung, letztlich nur noch um jene 22 Prozent des historischen Palästina, von denen man heute als den palästinensischen oder den besetzten Gebieten spricht (die Westbank und bis zum israelischen Abzug 2005 auch der Gazastreifen). Ähnliches gilt für Jerusalem: Während Israel den Anspruch auf ganz Jerusalem als „ungeteilte, ewige Hauptstadt Israels“, prinzipiell also auf die jüdisch und die arabisch bewohnten Teile der Stadt, erhebt, haben die Palästinenser Israels Anspruch auf West-Jerusalem lange anerkannt und fordern ihrerseits das „arabische Jerusalem“ als Hauptstadt. Auch in der Flüchtlingsfrage und bei den Siedlungen sind die Palästinenser die Demandeure, die Entscheidungen liegen auf israelischer Seite: Die Palästinenser können noch jahrelang auf der Anerkennung zumindest eines beschränkten Rückkehrrechts für aus dem heutigen Israel vertriebene und geflohene Palästinenser bestehen; die Realisierung dieses Anspruchs aber liegt in israelischer Hand. Die Palästinenser können die Aufgabe israelischer Siedlungen verlangen, aber Israel entscheidet, ob es darüber verhandelt, ob es Siedlungen unilateral aufgibt (wie es das im Gazasteifen getan hat), oder ob es weitere Rück- und Abzüge verweigert und den Preis, den dies möglicherweise kostet – Gewalt, Terror, internationaler Druck, die direkten und indirekten Kosten der Besatzung – zu tragen bereit ist. Unterschiedliche Grade an Verhandlungsmacht entstehen auch dadurch, dass Israels Legitimität international außer Frage steht. Die Palästinenser haben den Staat Israel im Rahmen der Oslo-Abkommen anerkannt, Israel beim selben Anlass aber nur die PLO. Das mittlerweile auch in Israel und international als legitim anerkannte Recht der Palästinenser auf Staatlichkeit muss immer wieder durch das Verhalten der palästinensischen Akteure bestätigt – kann aber auch wieder verspielt – werden.

Im Gegensatz zu Oslo baut der unilaterale Scheidungsprozess auf Israels Stärke. Während er die Asymmetrien des israelisch-palästinensischen Verhältnisses also korrekt abbildet, ist das „schwache Glied“ dabei, so der israelische Analyst und frühere Chef

des militärischen Nachrichtendienstes, Shlomo Gazit (2005: 2), „the hopeful if not naive assumption that the Arab world will reconcile itself to it and accept the dictated borders for the future Palestinian state“. Als ein unilaterales *Fait accompli* kann die Scheidung von der anderen Seite nur dann als Ende des Konflikts akzeptiert werden, wenn ein solcher Abzug vollständig ist. Das hat sich im ägyptischen und libanesischen Fall gezeigt. Erst der Abzug aus Taba, 1981 nach einem Spruch des Internationalen Gerichtshofs vollzogen, machte den Frieden von Camp David komplett, im Libanon hält dagegen die Frage der Sheba-Farmen den Konflikt offen. Wer andere Grenzen haben will, muss letztlich eben doch verhandeln – so auch Präsident Bush in seiner Versicherung an Mahmoud Abbas, dass permanente Änderungen der Waffenstillstandslinien von 1949 nur in gegenseitigem Abkommen festgelegt werden können (Siegman 2005).

Schon deshalb sprach Sharon sich wiederholt für einen langen Interimszustand aus. Während Ehud Barak ein „end of conflict“ noch zur zentralen Forderung an die Palästinenser erhob, gilt dies heute nicht mehr als unmittelbar notwendig. Ein Teil des national-religiösen Lagers, das seiner ideologischen Disposition entsprechend die Auseinandersetzung mit den Palästinensern als existentiellen Konflikt betrachtet, würde ein vereinbartes Ende des Konflikts nicht einmal für wünschenswert halten. Auf palästinensischer Seite teilen pragmatisch-islamistische Akteure wie die Hamas, der eine Anerkennung des Staates Israel „in irgendwelchen Grenzen“ ihre Glaubwürdigkeit kosten würde, ihrerseits das Interesse an nicht genau definierten Übergangszuständen: Man könne sich, so ein Hamas-Führer im Gespräch mit dem Autor und mit ausdrücklichem Bezug auf Sharon, zwar kein Friedensabkommen aber eine Waffenruhe vorstellen, die lange dauern könne: „zehn Jahre zum Beispiel, oder auch länger“ (Perthes 2006).

Letztlich, wenn es um die dauerhafte Festlegung von Israels – und damit auch Palästinas – Grenzen geht, wird man ein verhandeltes Abkommen erreichen müssen. Das zeigt sich auch in einer zumindest rhetorischen Trendwende Ariel Sharons und seiner Mitstreiter, die seit ihrem Rückzug aus der Likud-Partei im Herbst 2005 wiederholt andeuteten, im Rahmen der Road Map eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung anzustreben (vgl. Devi 2005). Dies dürfte auch nach Sharon gelten: In Israel ist mittlerweile, wie Mark Heller richtig bemerkt, ein politisches Zentrum entstanden, das ganz im Sharon'schen Sinne ein „Disengagement“ von den Palästinensern anstrebt – das zwar keinen Friedensprozess (à la Oslo) will, gleichwohl aber eingesehen hat, dass auch der territoriale Status quo sich zu einem tolerablen Preis nicht aufrechterhalten lässt (Heller 2006). Der Wahlsieg der Hamas hat den Wunsch, sich von den Palästinensern zu trennen, allenfalls noch verstärkt.

6. *Über die Mauer hinaus*

Sicher ist, dass die externen Akteure, die die Logik der Integration zum eigenen Handlungsprinzip im Umgang mit den regionalen Akteuren gemacht haben, vorläufig jedenfalls die, wie die britische Wissenschaftlerin Rosemary Hollis es nennt, „Oslo-Men-

talität“ aufgeben müssen: „the fixation with getting the parties back to the table, confidence-building measures and a negotiated pact“ (Hollis 2004: 198).

Das Projekt der Trennung ist zwar – gerade aus der Perspektive europäischer Beobachter – weniger ansprechend als das der Integration, setzt es doch auf Unilateralismus, Zäune und Abgrenzung und nicht auf Ausgleich, Aussöhnung und Kooperation. Vielleicht ist es aber eher in der Lage, Blockaden abzubauen und entspricht – nicht erst seit der zweiten Intifada – der Konstellation des Nahostkonflikts eher als das ambitionierte Oslo-Projekt, dem ein Einigungsprozess als Vorbild diene, in dem weitgehend souveräne Staaten ohne Territorialkonflikte freiwillig Souveränität delegierten.

Eine klare territoriale Gestalt beider Staaten ist eine wichtige Voraussetzung dafür, freiwillige Formen der Kooperation zu finden. Handel und andere Formen der gesellschaftlichen Interaktion zwischen den beiden Gemeinwesen werden erst zunehmen, wenn die Menschen sich sicher fühlen – klar definierte Grenzen können dazu beitragen. Nachbarschaft funktioniert einfach besser, wenn die Grundstücksgrenzen abgesteckt sind. Dabei ist heute das palästinensische Interesse an wirtschaftlichem Austausch viel höher als das der Israelis: Das palästinensische Gemeinwesen braucht den israelischen Markt, Arbeitsplätze in und Kommunikationswege durch Israel – nicht zuletzt um zwischen Gaza und der Westbank eine territoriale Einheit herzustellen.

Möglicherweise lässt sich das, was Slavoj Žižek zu den Mauern geschrieben hat, die im Zeitalter der Globalisierung zwischen Nord und Süd errichtet werden, mit ein wenig anderen Vorzeichen auch für das israelisch-palästinensische Verhältnis sagen: dass nämlich „die Lösung nicht darin bestehen kann, die Mauern niederzureißen [...], wie die billige Forderung weicherziger liberaler Radikaler lautet. Die einzige wahre Lösung ist die, die wahre Mauer einzureißen [...]: die Gesellschaft selbst zu verändern, so dass die Menschen nicht mehr länger verzweifelt versuchen, ihrer eigenen Welt zu entkommen“ (Žižek 2005). Oder eben in unserem Fall: So dass sie anfangen können, über die Mauer hinweg souveräne Beziehungen aufzunehmen. Sicher ist, dass weder Risiken (etwa die „demographische Bedrohung“) noch Chancen (wirtschaftliche Gewinne), die mit einem Friedensprozess oder durch sein Ausbleiben zu erwarten sind, automatisch zum Frieden führen werden – sie müssen jeweils als solche erst von relevanten Teilen der betroffenen Gesellschaften wahr- und wichtig genommen werden.

Literatur

- ʿAbd al-Fadil, Mahmud, 1997: „al-sharq awsiyya“ wa-mustaqbal al-ta`awun wa-l-takamul al-iqtisadi al-`arabi [Die „Nahöstlichkeit“ und die Zukunft arabischer wirtschaftlicher Kooperation und Integration], in: al-Mustaqbal al-`arabi 20, 87–97.
- Barak, Ehud, 2001a: It Seems Israel Has to Wait for a New Palestinian Leadership, in: International Herald Tribune vom 31.07.2001, 6.
- Barak, Ehud, 2001b: Building a Wall Against Terror, in: New York Times vom 24.05.2001, <http://www.nytimes.com/2001/05/24/opinion/24BARA.html?ex=1138165200&en=1b431e52d14c445c8cei=5070>.
- Bremer, Jörg, 1995: Trennung und Integration, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.1995.
- Devi, Sharmila, 2005: Netanyahu Fires First Volley Against Sharon, in: Financial Times vom 23.11.2005, 7.

- Dromi, Uri*, 2005: Yitzhak Rabin I: The Longing for Peace Did Not Die with Him, in: International Herald Tribune vom 04.11.2005, 6.
- Gazit, Shlomo*, 2005: Two Roads Diverged: Israel's Post-Disengagement Strategic Options, in: Strategic Assessment 8, 1–5.
- Heller, Mark A.*, 2006: Yes, Israel's Center Will Hold, in: International Herald Tribune vom 08.01.2006, <http://www.iht.com/articles/2006/01/08/opinion/edheller.php>
- Hollis, Rosemary*, 2004: The Israeli-Palestinian Road Block: Can Europeans Make a Difference?, in: International Affairs 80, 191–200.
- Inbar, Efraim*, 1996: Contours of Israel's New Strategic Thinking, in: Political Science Quarterly 111, 41–64.
- Kurz, Anat N.*, 2005: Fatah and the Politics of Violence. The Institutionalization of a Popular Struggle. Brighton.
- Link, Werner*, 1999: Globalisierung und neue Konfliktpotentiale, in: *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* (Hrsg.), Globalisierung als Chance II: Blick auf die Weltgesellschaft, 41–47.
- Miller, Aaron David*, 2005: Yitzhak Rabin II: What Might Have Been, in: International Herald Tribune vom 04.11.2005, 6.
- Morris, Benny*, 2002: Camp David and After: An Exchange. 1. An Interview with Ehud Barak, in: The New York Review of Books 49, www.nybooks.com/articles/15501.
- Peres, Shimon*, 1993: The New Middle East. New York.
- Perthes, Volker*, 1995: Integration oder Trennung? Die Logiken des nahöstlichen Friedensprozesses, in: Internationale Politik 7, 55–60.
- Perthes, Volker*, 1997: Vom Bürgerkrieg zur Normalität? Der Libanon versucht sich neu zu erfinden, in: *Matthies, Volker* (Hrsg.), Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktbearbeitung. Bonn, 203–219.
- Perthes, Volker*, 2000: Vom Krieg zur Konkurrenz: Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung. Baden-Baden.
- Perthes, Volker*, 2006: Orientalische Promenaden. Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch. München.
- Sha`arawi, Hilmi* (Hrsg.), 1998: Al-sharq awsiyya: mukhattat amriki-sihyuni [Die Nahöstlichkeit: Ein amerikanisch-zionistischer Plan]. Kairo.
- Siegman, Henry*, 2005: Is Bush Getting Serious About the Peace Process?, in: International Herald Tribune vom 21.06.2005, 8.
- The Wall Street Journal*, 2005: The Mideast's European Dream, 22.03.2005.
- Žižek, Slavoj*, 2005: Die neue Mauer, in: Der Tagesspiegel vom 10.10.2005, 25.